

Beschluss: Gemeinsame Strategie gegen klimaschädlichen Straßenbau und den BVWP umsetzen

Die BDV beschließt:

Der BUND verfolgt auf allen Ebenen eine gemeinsame Strategie – möglichst im Bündnis mit anderen NGO und Bürgerinitiativen gegen klimaschädlichen Straßenbau – bei den Verhandlungen über die Reform des BVWP 2030, beginnend vom Dialogprozess über die Bedarfsplanüberprüfung bis zur Entwicklung eines neuen Bundesmobilitätsplans. Zur Bearbeitung dieser Anliegen werden in der Bundesgeschäftsstelle entsprechende Kapazitäten in den Querschnittsteams bereitgehalten. Kernforderung ist die Streichung aller Straßenprojekte, die die Treibhausgasemissionen erhöhen und Biotopstrukturen erheblich beeinträchtigen.

Der BUND fordert

- im Dialogprozess
 - eine ehrliche und umfassende **Bilanz** der Auswirkungen des Fernstraßen-Bedarfsplans auf das Klima und bisherigen Umsetzung und der Folgen des BVWP 2030 insbesondere auf das Klima und die Biodiversität und durch den Straßenbau induzierten Neuverkehre.
 - **Neupriorisierung der BVWP-Projekte**: klimaschonende und naturverträgliche Bahnprojekte vor Straßenbauprojekten, Erhalt und Brückenerneuerung vor Ausbau, wenn es klimaverträgliche Alternativen gibt. gewählt werden, wie z.B. Temporäre Seitenstreifenfreigabe statt Anbau von Fahrstreifen.
 - **Streichung aller Fernstraßen, die die CO2-Emissionen** in einer umfassenden Lebenszyklusbetrachtung von Bau und Betrieb erhöhen.
- für die Überprüfung des Fernstraßen-Bedarfsplans 2023 als Grundlagen
 - eine **Verkehrsprognose** mit einem Maßnahmenzenario zur Einhaltung der Klima- und Mobilitätsziele 2030/2040 statt der Fortschreibung falscher Trends;
 - eine **umfassende Bilanzierung der Treibhausgas-Emissionen** durch Bau („graue Energie“: Stahl, Beton, Asphalt etc.), den Klimawirkungen der Eingriffe in natürliche Treibhausgassenken wie Moore, Wälder, Grünland etc. und den Betrieb der Straßen einschl. Neuverkehren (Lebenszyklusemissionen);
 - ein ambitioniertes **Klimareduktionsziel**, dessen Einhaltung ein Klimaschutz-beitrag zur Strategischen Umweltprüfung, SUP, mit Netzalternativen sichert;
 - eine SUP, die durch **Tabukriterien** Eingriffe in wertvolle Biotope verhindert.
- Die Fehlplanung des BVWP 2030 ist so schnell wie möglich zu beenden und durch eine zielorientierte und integrierte **Bundesmobilitätsplanung**, wie sie federführend vom VCD in Zusammenarbeit mit dem BUND u.v.a. entwickelt wurde, zu ersetzen.